

Pressemitteilung zur Ratssitzung

Osnabrück, 30.04.2019

Mietwohnungen priorisieren, Ausnahmeregelung streichen - Optimierung des Handlungsprogramms Bezahlbarer Wohnraum

Zum Antrag zur Optimierung des Handlungsprogramm Bezahlbarer Wohnraum äußern sich die Ratsfrauen der Fraktion DIE LINKE. Giesela Brandes-Steggewentz und Heidi Reichinnek:

„Bereits in der Ratssitzung im vergangenen September hatte unsere Fraktion eine Optimierung im Handlungsprogramm Bezahlbarer Wohnung gefordert. Der Grund dafür war ein Sachstandsbericht der Verwaltung zum Handlungsprogramm, in dem deutlich wurde, dass die Möglichkeit zur Schaffung von Wohneigentum statt sozial quotierten Mietwohnungen ein deutliches Problem darstellt.

Seinerzeit wurde unser Antrag in den Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt verschoben. Hier hatte die Verwaltung dann in der Sitzung im März eine Mitteilungsvorlage vorbereitet, die die Argumente bezüglich der Ausnahmeregelung noch einmal näher diskutierte. Für uns zeigt sich dabei deutlich, dass die Vorteile überwiegen. Die Verwaltung merkt an, dass mit einer Streichung des entsprechenden Absatzes klare Regeln geschaffen werden und sich die Tätigkeiten auf dem Wohnungsmarkt an den tatsächlichen Wohnungsbedarf ausrichten. Darüber hinaus würde eine Abschaffung der Wahlmöglichkeit insbesondere die bestehenden Wohnungsbaugesellschaften/-genossenschaften zu einer Investition animieren.

Der Passus im Handlungsprogramm, der die alternative Schaffung von Eigentumswohnungen ermöglicht, steht also den Anforderungen an die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum deutlich entgegen. Es kann nicht sein, dass sich Investor*innen, von den bereits viel zu geringen Quoten von 10-30 % befreien können, in dem sie stattdessen Eigentumswohnungen bauen. Das löst nicht das Problem! Wir brauchen mehr bezahlbare und gute Mietwohnungen für alle und nicht Hintertüren für Investor*innen.“

Umsetzung des Zweckentfremdungsverbots in der Stadt Osnabrück

Zum Antrag zur Umsetzung des Zweckentfremdungsverbots äußern sich die Ratsfrauen der Fraktion DIE LINKE. Giesela Brandes-Steggewentz und Heidi Reichinnek:

„Bereits 2017 hatte unsere Fraktion einen Antrag auf Umsetzung des Zweckentfremdungsverbots gestellt. Das entsprechende Landesgesetz wurde nun vor kurzem im Landtag beschlossen. Wir fordern daher jetzt eine schnelle Umsetzung der Satzung in Osnabrück.

Unter Zweckentfremdung versteht das Gesetz die Nutzung von Wohnraum zu anderen Zwecken. Es geht hierbei um die Nutzung als Arbeitsfläche, zur Vermietung als Ferienapartment oder um (spekulativen) Leerstand. Eine Zweckentfremdungssatzung bietet der Stadt eine Handhabe gegen derartige Fremdnutzungen. So kann die Stadt regulierend eingreifen und dafür sorgen, dass dringend benötigter Wohnraum nicht zweckentfremdet wird.

Die Kontaktstelle Wohnraum der Stadt beschäftigt sich unter anderem mit der Thematik des Leerstands. Mit einer Zweckentfremdungssatzung schaffen wir hier eine Rechtsgrundlage, um bei entsprechenden Fällen reagieren zu können.“

Keine Zustimmung zu unzureichenden Sozialbindungsquoten

Zum Abstimmungsverhalten der Fraktion DIE LINKE. zu Bebauungsplänen merken Giesela Brandes-Steggewentz und Heidi Reichinnek an:

„Unsere Fraktion hat sich dazu entschieden zukünftig keinen Bebauungsplänen mehr zuzustimmen, in denen die unzureichenden Sozialbindungsquoten des Handlungsprogramms Bezahlbarer Wohnraum zum Tragen kommen.

Derzeit gibt es in unserer Stadt noch 1545 Wohnungen mit Belegungsbindung. In diesem Jahr reduziert sich die Zahl nochmals deutlich um 300 Wohnungen.

Dieses Dilemma ist Ergebnis einer Politik, die private Investor*innen fördert und sich so Belegungsbindungen auf Zeit kauft.

Es kann nicht sein, dass wir so weiter machen wie gehabt. Es bringt nichts, wenn wir uns Belegungsbindungen von Investor*innen kaufen und dann in 10-20 Jahren wieder die gleichen Probleme haben. Es braucht eine grundsätzliche Kursänderung in der Wohnungspolitik. Wir müssen endlich als Stadt wieder selber bauen, aufhören private Investor*innen zu fördern und dem Markt zu vertrauen. Es braucht eine kommunale Wohnungsgesellschaft, die langfristig bezahlbaren und guten Wohnraum sicherstellt!“